

DIE LINKE. Duisburg

Pressemitteilung, 30.07.2022

Explodierende Lebenshaltungskosten bedrohen die Existenz

Jetzt endlich gegen die zunehmende soziale Kälte umverteilen

Die Ampel-Koalition hat nun die Katze aus dem Sack gelassen. Ab Oktober können Gasimporteure über eine Umlage die gestiegenen Energiepreise an Verbraucher weitergeben. Damit werden auf Gas-Kunden zusätzliche Kosten zukommen - zur Entlastung der Unternehmen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen) geht von mehreren hundert Euro jährlich pro Haushalt aus. Verbraucherschutz-Organisationen mit Expertise sagen aber deutlich höhere Belastungen voraus. Bei einer vierköpfigen Familie mit einem geschätzten Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden wird mit einem mittleren vierstelligen Betrag gerechnet.

DIE LINKE kritisiert die Pläne und fordert einen Ausgleich für die steigenden Kosten.

Jana Krull, als Kreisvorstandsbeisitzerin auch sozialpolitische Sprecherin DIE LINKE. Duisburg: „Die Lebenshaltungskosten für Lebensmittel, für Wohnen und alle anderen privaten Haushaltsausgaben steigen immer weiter und werden für immer Menschen immer existenzbedrohender. Das wird sich vor allem im Herbst in Duisburg drastisch zeigen, wenn die unsozialen Pläne der Ampel umgesetzt werden. Warum ein Endverbraucherinnen und -verbraucher finanziell zusätzlich belastendes Umlagesystem, wenn es doch von vielen Sozialverbänden und auch der LINKE viel naheliegendere Lösungen für die Kostenexplosion gibt? Wir fordern seit vielen Jahren eine gerechte Umverteilung.“

DIE LINKE im Bund hatte erst vor wenigen Tagen einen 5-Punkte-Plan zur Lösung akuter Preissteigerungen vorgestellt, die zuerst dringend angegangen werden müssen. Für den Herbst sind zusammen mit vielen Wohlfahrtsverbänden und -organisationen, die diese sozialen Forderungen ebenso formulieren und unterstützen, bundesweite Protestaktionen gegen die zunehmende soziale Kälte angekündigt und geplant.

„Ich selbst wohne in Marxloh und arbeite ehrenamtlich bei der Duisburger Tafel und habe auch gute Kontakte zum Petershof.“, ergänzt Marcel Narloch, Beisitzer und wohnungs- und stadtplanungspolitischer Sprecher des Kreisverbandes. „Seit vielen Jahren nimmt die Armut in Duisburg immer mehr zu und die Schlangen bedürftiger Menschen werden immer länger. Ein Armutszeugnis für ein reiches Land. Die Ampel und gerade FDP-Finanzminister Lindner tragen mit ihrer Politik erkennbar zu dieser sozialen Armutskatastrophe bei. Dabei ist ein Teil der Lösung, die auch von der Mehrheitsbevölkerung in Umfragen gefordert wird, sehr einfach: Krisengewinnler durch eine Übergewinnsteuer wie in anderen Ländern zur Kasse bitten, höhere Steuern für Megareiche einführen und Steuerflucht- und -vermeidung juristisch verfolgen und unterbinden, eine Vermögenssteuer für große Vermögen einführen und die Erbschaftssteuer für Erben großer Reichtümer deutlich erhöhen. Das ist sozial und gerecht!“